

Bezugpreis:
Monatlich 10.— M., monatlich 10.— M.
für das Postamt, wozu ein halbes Post-
marken-Gebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Buzenburger 20.— M., für
das übrige Ausland 27.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark,
Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Woll und Zeit“, der Unter-
nehmensbeilage „Weltmarkt“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegraphisch: „Kreuz-
sozialdemokratisches Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Kompositorenzeile
kostet 1,50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. (w-
ichtig zum festgedruckten Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellenangebote
und Stellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50 Hg. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerlegungsaufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Druckerschatz, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Bestauf-
trag von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97

Dienstag, den 12. April 1921

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54

Die Gesamtsforderung der Entente.

Paris, 12. April. (CC.) Der „Pest Parisien“ meldet aus
Genf, daß Dr. Simons in Lugano den Besuch einflussreicher Persön-
lichkeiten erhalten habe, die ihn über die innere Lage in den Entente-
ländern genau informierten. Der Minister hat nun eingesehen, daß
Deutschland einen Irrtum beging, als es glaubte, daß eine Teil-
mobilisierung Beunruhigung in Frankreich hervorrufen könnte. Dr.
Simons hat in der Schweiz auch gewisse Berührungen mit
der Entente gefunden und durch dieselben den Entschluß gefaßt,
neue Vorschläge

zu machen. Die Schweizer Diplomatie wird bei dem bevorstehenden
Meinungsaustausch eine hervorragende Rolle zu spielen haben.
Der „Pest Parisien“ stellt einem neuen deutschen Vorschlag
keine Aussicht auf Annahme. Deutschland wird sicherlich außer
andem noch eine 20prozentige Beilegung an gewis-
sen Industrieunternehmen zugestehen. Dies ist aber
alles noch zu wenig für Frankreich. Wenn in Paris die Forderung
von 120 Milliarden aufgestellt wurde, so ist sehr sicher, daß die Ent-
schädigungskommission den Betrag von

160 Milliarden Mark
festsetzen wird. Gewiß gibt es deutsche Männer, die irgend etwas
Positives unternehmen möchten, aber ihre zögernde Haltung wird
von anderen überlegenen Kräften durchkreuzt und das Ergebnis bleibt
negativ.

Der Beginn der verschärften Maßnahmen am 1. Mai
stellt eine Sühne für alle nichterfüllten Verpflichtungen des Versailler
Vertrags dar, und der Kugelnblick wird die Frage entscheiden, ob
Deutschland seinen Pflichten nachkommen will oder nicht.

Der Aufbaustand.

Paris, 12. April. Der leitende Ausschuss der kommunisti-
schen Partei hat mit Vertretern des Aufbaugesbietes eine
Konferenz abgehalten. Marcel Cachin teilt in der „Humanité“
mit, es seien neue Beschwerden vorgebracht worden, so daß die

Partei sich veranlaßt sehe, eine umfassende Untersuchung
zu veranstalten, um die Arbeiter von ganz Frankreich über das zu
unterrichten, was er einen Skandal nenne. Es wurde eine Ent-
schließung angenommen, in der die erwähnte Untersuchung und eine
neue Konferenz mit Vertretern des Aufbaugesbietes für den
8. Mai angesetzt wird.

Der unbequeme Strafzoll.

Paris, 11. April. (WLB.) Havas zufolge hat der Finanz-
ausschuss der Kammer heute nachmittag mit 3 gegen 2 Stim-
men beschlossen, den Regierungsentwurf betr. die 50prozentige
Einfuhrabgabe auf Waren deutschen Ursprungs zur Diskussion
zu stellen. Von den 44 Mitgliedern der Kommission waren nur 13
anwesend, von denen sich 8 der Stimme enthielten. Diese letzteren
sowie die beiden Mitglieder, die gegen eine Diskussion stimmten, be-
gründeten ihre Stellungnahme damit, daß sie ihre Vorbehalte be-
züglich der wirtschaftlichen Rückwirkungen der geplan-
ten Maßnahmen und besonders bezüglich der Verteilung der er-
höhten Abgaben hätten zum Ausdruck bringen wollen.

Kein Strafzoll in Italien.

Mailand, 12. April. (WLB.) Die Einführung der 50prozen-
tigen Einfuhrabgabe in Italien ist auf unabsehbare Zeit
unausführbar geworden, weil die Kammer aufgelöst ist und
vor dem Juni nicht wieder zusammentritt. Die Einfuhrabgabe könnte
daher nur durch ein königliches Dekret angeordnet werden. Der Mi-
nister hat aber gestern beschlossen, daß sie zum Wiederaufkommen
des Parlaments keine neuen königlichen Dekrete
erlassen werden sollen. In der italienischen Kammer und in Han-
dels- und Industriekreisen ist man mit der Wendung der Sache sehr
zufrieden. Italien hat sich zwar auf der Londoner Konferenz
verpflichtet, die Einfuhrabgaben vor das Parlament zu bringen, da
aber das Parlament inzwischen aufgelöst wurde, ist es offenkundig,
daß Italien seiner Verpflichtung nicht nachkommen kann.

Nach Simons' Rückkehr.

Dr. Simons und Fehrenbach sind heute vor-
mittags zusammen in Berlin eingetroffen und hatten um
12 Uhr mittags eine Besprechung mit dem Reichs-
präsidenten. Nachmittags 5 Uhr findet eine Kabinetts-
sitzung statt.

Der Wortlaut des Interviews, das der Vertreter des
„Matin“, Sauerwein, mit Simons hatte, konnte von dem
Minister vor der Veröffentlichung nicht nachgeprüft
werden. Er kann deshalb nicht auf jede einzelne Wendung
in diesem Interview festgelegt werden. Sicher aber hat er
gesagt, er würde niemals in einem Kabinett mitwirken,
das nicht zum Grundsatz seiner Politik gegenüber den Allier-
ten machen würde, den Versailler Vertrag bis zur Grenze
des Möglichen zu erfüllen.

Ueber irgendwelche positiven Vorschläge der Reichsregie-
rung an die Entente kann noch nichts mitgeteilt werden.
Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Abgeord-
neter Dr. Stresemann, wird nach Rückkehr des Außenministers
mit den Fraktionsführern sich in Verbindung setzen, um den
Auswärtigen Ausschuss so rasch wie möglich, jedan-
falls vor dem Zusammentritt des Reichstags, einzu-
berufen, damit er sich über die allgemeine politische Lage aus-
sprechen kann.

Was heißt hier „persönlich“?

Herr Stegerwald läßt durch seine Offiziösen ver-
breiten, daß er persönlich keinerlei Bindungen gegenüber
irgendeiner Partei eingegangen sei, und zwar schon darum,
weil er bis Freitag nachmittag nicht daran gedacht habe, in
die Regierung einzutreten. Das gehe schon daraus hervor,
daß er sich nicht mehr als Abgeordneter habe aufstellen lassen,
und daß er auch aus dem Wohlfahrtsministerium ausscheiden
wolle, um sich wiederum ganz der christlichen Gewerkschafts-
bewegung zu widmen. Erst als Freitag abend die vier bürger-
lichen Parteien an ihn herantreten, haben Stegerwald
und das Zentrum sich entschlossen, die Ministerpräsidenten-
schaft anzunehmen. Stegerwald habe vorher mit keinem
anderen Politiker gesprochen. Die Benachrichtigung der ande-
ren Parteien sei durch andere Herren geschehen, so daß
Stegerwald keine Bindungen eingegangen sei.

Diese Darstellung kann Eindruck nur auf Leute machen,
denen das parlamentarische Getriebe fremd ist. In Wirklich-
keit verhält sich die Sache so: Herr Stegerwald ist der Sozial-
demokratie als Kandidat des Zentrums präsentiert
worden. Das Zentrum ist für seinen Kandidaten die
Verpflichtung eingegangen, daß er gewünschten Falles zurück-
treten werde. Nach dieser Bindung hat die Sozialdemokratie
sich ihrerseits verpflichtet, für Stegerwald zu stimmen. Was
Herr Stegerwald persönlich getan hat, spielt bei der
ganzen Sache keine Rolle. Herr Stegerwald ist der Kandi-

dat des Zentrums gewesen und als solcher hat er
die vom Zentrum für seine Kandidatur eingegangenen Ver-
pflichtungen mit übernommen. Ob das Zentrum Herrn
Stegerwald von den an seine Kandidatur geknüpften Ver-
pflichtungen rechtzeitig in Kenntnis gesetzt hat, ist
eine zwischen dem Zentrum und Herrn Steger-
wald abzumachende interne Angelegenheit.

Die neuen Landwirtschaftskammern.

Aus dem Ministerium für Landwirtschaft wird uns mitgeteilt:
Ueber die Einberufung der neugewählten Landwirtschafts-
kammern hat der preussische Landwirtschaftsminister verfügt, daß die
bisherigen Vorstehenden die neugewählten Landwirtschaftskammern
erstmalig zusammenberufen, die Versammlungen bis zu der Wahl des
neuen Vorstandes leiten und danach den neuen Vorständen die
Geschäfte übergeben. Das Mandat der bisherigen Vorstandsmit-
glieder aus ihrer früheren Wahl gilt mit dem Zusammentritt der
neuen Kammern als erloschen. Wiedergewählte bisherige Vor-
standsmitglieder können nur auf Grund einer Wahl durch die neuen
Kammern in den Vorstand eintreten. Die Festsetzung eines be-
stimmten Tages für die Einberufung der neuen Kammern ist nicht
beabsichtigt. Die Einberufung soll aber möglichst bald nach
dem Vorliegen des Wahlergebnisses erfolgen.

Eine Uebersicht über das Ergebnis der Landwirt-
schaftskammerwahl wird voraussichtlich erst in den nächsten
Tagen veröffentlicht werden können, weil eine große Zahl von end-
gültigen Berichten noch aussteht. Als erste der neuen Landwirt-
schaftskammern tritt die Landwirtschaftskammer in Wiesbaden
zusammen; sie ist zum Donnerstag, den 14. April, einberufen worden.

Naturalprämien in Rußland.

Sessingfors, 12. April. (CC.) Ein Dekret der Sowjet-
regierung vom 8. April führt in den Hauptzweigen der Industrie
Naturalprämien für die Arbeiter ein. Zu diesem
Zwecke wird aus einem Teile der Produktion ein sogen. „Fond für
Naturalprämien“ gebildet, aus welchem unter den Arbeitern ent-
sprechend ihren Arbeitsleistungen Prämien verteilt werden.

Neue Türkenoffensive.

Konstantinopel, 12. April. (Havas.) Die Türken sind zu
einer neuen Offensive geschritten. Sie rüsten sich von Demigü
gegen Sari Kera im oberen Meandertal. Man ist noch ohne Nach-
richt über das Ergebnis des Vorgehens, das augenscheinlich den
rechten griechischen Flügel zu umfassen sucht. Die Türken scheinen
in den letzten Tagen beträchtliche Verstärkungen erhalten
zu haben, die aus 10 alten Divisionen bestehen, die sich im Kaukasus
befanden und durch den Abschluß des kürzlichen Abkommens zwischen
Angora und Moskau frei wurden.

Reparation und 1. Mai.

Von Hermann Müller-Franken.

Der 1. Mai dieses Jahres erhält durch den Vertrag
von Versailles seine besondere Bedeutung. Am 1. Mai
1921 soll festgestellt werden, welche Gesamtsumme Deutschland
für Wiedergutmachung an die Kriegsgegner schuldet. Bis
zum 1. Mai 1921 soll ferner Deutschland Sachgüter im Werte
von 20 Milliarden Goldmark an die siegreichen Ententestaaten
geliefert haben. Nach Auffassung der deutschen Regierung
hat Deutschland bereits jetzt etwas mehr als dies geliefert.
Die Ententeregierungen bewerten das Geleistete jedoch mit
12 Milliarden Goldmark weniger. Sie wollen Werte wie die
Frankreich übergebenen Saargruben (im Werte von 1 Mil-
liarde Goldmark), wie das übergebene Staatseigentum in den
Abtretungsgebieten u. a. mehr als nicht liquide Werte auf die
20 Milliarden Goldmark nicht anrechnen lassen. Kann
Deutschland die geforderten 12 Milliarden Goldmark bis zum
1. Mai nicht zahlen, würde es die Festsetzungen des Repa-
rationsauschusses als mit seiner Leistungsfähigkeit unvertäglich
nicht anerkennen, so drohen ihm nach den Pariser Mi-
nisterreden der Briand, Barthou, Loucheur neue
schwere Sanktionen, Sanktionen, die, wenn wir den Pariser
Stimmen trauen dürfen, praktisch kaum viel weniger als
neuen Krieg bedeuten.

Der 1. Mai, von den sozialistischen Arbeitern der ganzen
Welt seit Jahrzehnten dem Gedanken der Völkervereinigung
geweiht, soll nach dem furchtbaren Ergebnis dieses Welt-
krieges die Völker nicht in der Parole: „Krieg dem Kriege!“
einig finden, sondern der Ausgangspunkt neuer
kriegerischer Handlungen werden. Daraus können
nur die Nationalisten aller Länder Nutzen ziehen. Welt so
neuer Haß gesetzt würde, müssen alle Freunde des Friedens das
Aeußerste tun, damit sich in letzter Stunde die Vermunft
durchsetzt.

Vorarbeit dafür haben die drei Konferenzen geleistet, die
Ende März und Anfang April in Amsterdam tagten und von
den Gewerkschaften und den beiden sozialistischen Gruppen
einberufen waren.

Wenn in Amsterdam eine gemeinsame Tagung auch nicht
zustande kam, so waren die drei Konferenzen doch einig darin,
daß bis zur Grenze der deutschen Leistungs-
fähigkeit Reparation geleistet werden muß, und daß ge-
waltsame Mittel zur Durchsetzung dieses Zweckes zu ver-
werfen sind. Die in den drei Konferenzen gefaßten Beschlüsse
liefern wertvolles Material für die Lösung der Reparations-
frage. Auch der zuletzt von der Internationale 2 1/2 vorgelegte
detaillierte Wiederaufbauplan muß sorgfältig geprüft werden,
obwohl die vorgeschlagene Erleichterung eines nationalen Wieder-
aufbauplanes in Frankreich und eines internationalen Wieder-
gutmachungsamtes sicherlich nicht schnell durchzuführen sind,
denn in dem siegreichen Frankreich sind Kräfte maßgebend,
die für den Wiederaufbau eine nichts weniger als sozialistische
Lösung suchen. Die gespaltenen sozialistischen Parteigebilde
Frankreichs haben keinen Einfluß auf die Regierung. Wich-
tiger ist aber, rasch eine Lösung zu finden, die Europa statt
neuer Sanktionen ruhiges Weiterarbeiten ermöglicht. Denn
der 1. Mai steht vor der Tür.

Auf welchem Wege können wir nach dem Abbruch der
Londoner Verhandlungen zu neuen Vorschlägen kommen?
Das ist die Frage. Daß Deutschland zu solchen bereit ist, steht
nach dem Berner „Matin“-Interview des
Reichsaussenministers Simons nicht mehr in
Frage. Die albernsten Katastrophopolitiker der Rechten, die
alle Tage in die Welt schreien, daß der Versailler Vertrag er-
schüttert sei und glauben damit genug getan zu haben, mögen
darüber noch so sehr zeteren. Die Londoner Verhandlungen
haben ergeben, daß sich die Ententeregierungen und die
deutsche Regierung über zweierlei nicht einigen konnten:
1. über den Wert der bis zum 1. Mai getätigten Vorleistungen,
2. über die unter Berücksichtigung der deutschen Leistungs-
fähigkeit festzusetzende Gesamtsumme für Reparation.

Die Konferenz der Zweiten Internationale hat in diesem
Streite weder für die eine noch für die andere Seite Stellung
genommen. Sie hat nur verlangt, daß solche Streitigkeiten
im Geiste der Gerechtigkeit und in einem der Gerechtigkeit ent-
sprechenden Verfahren ausgetragen werden und deshalb vor-
geschlagen, daß diese Streitfragen einer Sachverständigen-
kommission zur Entscheidung überwiesen
werden sollen, welche der Völkervereinigung oder eine andere für
beide Parteien annehmbare Instanz einsetzt.

Eine solche für beide Parteien annehmbare Instanz muß
sich bei gutem Willen auf beiden Seiten finden lassen. Die
alte und die neue Welt haben ein Interesse daran, daß der
normale Handels- und Wirtschaftsverkehr auch mit Deutsch-
land nicht dauernd durch kriegerische Ereignisse gehindert wird.
Aber ich höre einen Einwand: Frankreich, England, vielleicht
auch Amerika werden sagen, daß Deutschland mit einem solchen
Vorschlag wieder einmal Verschleppungsmanöver
beabsichtigt, um sich von der Zahlungspflicht zu drücken.

Diesem Einwand ist dadurch zu begegnen, daß Deutschland
sich für die Zeit der Prüfung dieser Streit-

Fragen verpflichtet, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen. Man braucht dabei nicht nur an die Zahlung von Annuitäten für ein oder zwei Jahre, d. h. für eine Zeit, die zur Prüfung der Streitfrage mehr als ausreichend wäre, zu denken. Sondern Deutschland müßte außerdem in dieser Zeit schon praktisch etwas für den Wiederaufbau tun.

In Übereinstimmung mit dem Amsterdamer Beschluß der Zweiten Internationale bin ich der Auffassung, daß Deutschland den Wiederaufbau nur durch ein gemischtes System von Sach-, Arbeits- und Geldleistungen bewerkstelligen kann. Bis über die Sach- und Arbeitsleistungen eine Übereinstimmung zu erzielen ist, wird nach den bisher gemachten Erfahrungen immerhin einige Zeit vergehen. Es kommt hinzu, daß man in Belgien die Beschäftigung von deutschen Arbeitern für den Wiederaufbau zurzeit noch nicht für möglich hält, weil die Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung in Erinnerung an die von der deutschen Heeresleitung angeordneten grausamen Deportationen noch zu sehr deutschfeindlich ist. Für Belgien stehen deshalb die Geldleistungen im Vordergrund und auch Frankreich braucht wegen seines eigenen Finanzelends flüssige Mittel, wenn in den nächsten Jahren das Gros der zerstörten Häuser wieder aufgebaut werden soll.

Um hier zu helfen, müßte sich deshalb die deutsche Regierung verpflichten, unabhängig von der Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit in den nächsten Jahren die Anleihen zu verzinsen und zu tilgen, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auf dem internationalen Geldmarkt überhaupt zu haben sind. Bieviele für diesen Zweck zu haben ist, darüber gehen die Meinungen stark auseinander. In deutschen Finanzkreisen wird angenommen, daß für Wiederaufbauzwecke höchstens 6-8 Milliarden zu haben sind. In Amsterdam hörten wir, daß nach Auffassung neutraler Sachverständiger weit mehr flüssig gemacht werden könnte, wenn auch vielleicht nicht durch Deutschland. Auf letzteres darf es nicht ankommen. Die deutsche Regierung müßte sich vielmehr jetzt schon verpflichten, nicht nur für die Anleihen, die Deutschland selbst, sondern auch für die, die einwader Völkerbund oder die beteiligten Mächte selbst zugunsten des Wiederaufbaues aufnehmen würden, durch Jahreszahlungen die Verzinsung und Tilgung zu garantieren. Wenn auf diesen verschiedenen Wegen, z. B. in den nächsten fünf Jahren z. B. 25 bis 30 Milliarden Goldmark für den Wiederaufbau aufzubringen wären, so wäre für den gesamten Wiederaufbau viel geschafft. Jedenfalls muß die deutsche Regierung jetzt schon in jeder Weise jeden guten Willen zeigen, wenn auf solchen Wegen mit ihrer Hilfe eine Lösung gesucht werden soll.

Herr Reichsminister Simons hat durch den „Matin“ die Welt wissen lassen, daß die deutsche Regierung in wenigen Tagen auf einfache und wahre Art den guten Willen zeigen werde, Deutschlands Verpflichtungen bis zur äußersten Grenze der Zahlungsfähigkeit zu erfüllen. Darauf kommt es tatsächlich an. Und es ist wahrlich hohe Zeit, hier Initiative zu zeigen.

Allein deutsche Initiative kann Deutschland in der Welt die Atmosphäre schaffen, die es braucht, um leben zu können. Wunder werden nicht von außerhalb kommen. Trotzdem gibt es bei uns heute noch unählige Tatsachenblinde, die da glauben, daß wir in aller Gerührsamkeit Amerika nur davon zu überzeugen brauchen, daß Wilhelm II. den Weltkrieg eigentlich nicht gewollt hätte, und daß Amerika den Deutschen dann schon helfen würde. Wir haben nicht die Zeit, solche nutzlosen Versuche zu machen. Amerika treibt amerikanische Politik. Es hat nicht vergessen, daß es mit Frankreich und England und Belgien gegen Deutschland Krieg geführt hat. Amerika kennt die französischen und belgischen Ruinenfelder. Außerdem erinnerte zurzeit Herr Biviani die Amerikaner an das alles. Seine Arbeit wird ihm erleichtert durch das weißfremde Gerede und Geschreibsel der Deutschnationalen und der Deutschen Volksparteiler. Diese U-Boot-Helden und Siegfriedenkämpfer von vorgestern reifen heute noch so den Mund auf, als ob nicht wir, sondern die anderen den Krieg verloren hätten. Diese politischen Urheber der deutschen Niederlage, diese Agitatoren für die Rückwanderung der Hohenzollern,

Vater und Sohn, werden über den Wassern drüben sehr ernst genommen, weil ihnen die Presse der Schwerindustrie zur Verfügung steht. Solange die maßgebenden Schichten des deutschen Bürgertums sich aber nicht gleich der Arbeiterschaft ehrlich zur Republik bekennen, ist in Amerika für uns keine Atmosphäre zu schaffen. In den wenigen Tagen bis zum 1. Mai darf man eine solche Umstellung aber nicht einmal von den früheren Rationalisierern verlangen.

Wir Sozialisten werden am 1. Mai feststellen müssen, daß die Vertreter der großkapitalistischen Kreise und die Krantjunker auch aus diesem schrecklichen Weltkrieg nichts gelernt haben. Aber diese Feststellung nützt niemandem, solange dem deutschen Bürgertum die Führer fehlen, die es für die einfachsten Tatsachen sehend machen. Werden sich diese Führer finden, wenn Gefahr im Verzug ist? Es geht in den Konflikt, denen wir nach dem 1. Mai entgegengehen, nicht nur um die ideellen Werte, die dem deutschen Volke durch den Versailles-Vertrag noch gerettet wurden, sondern es geht auch um materielle Güter. In letzterem Punkte sind die Vertreter der Rechtsparteien besonders empfindlich, und das sollte sie veranlassen, mit uns zusammen die deutsche Regierung zu drängen, damit rechtzeitig vor dem 1. Mai neue Vorschläge gemacht werden, die unter Berücksichtigung der deutschen Leistungsfähigkeit den Weg zu einer Verständigung zu ebnen versuchen. Denn es trennen uns nur noch 18 Tage von dem 1. Mai!

Proletariat, erschießt Euch!

Der kommunistische Putsch ist nach Darstellung seiner Urheber bekanntlich mißglückt, weil die Disziplin in der KPD immer noch zu wünschen übrig ließ und man so viele „Verräter“ in den eigenen Reihen hatte. Deshalb wird jetzt eine neue Parole erhoben: Disziplin ausgegeben, die der Stuttgarter „Kommunist“ in Nr. 48 folgendermaßen formuliert:

Das Parteimitglied muß bereit sein, sich auf Befehl der Partei zu erschließen. Kurz, jeder Eigenwille hört auf.

Wenn man das liest, erscheint einem der Kadavergehorsam der altpreussischen Armee fast in verständlichem Lichte. Verlangte der preussische Militarismus auch, daß der Soldat so manche Mißhandlung und Ehrentänkung durch seine Vorgesetzten schweigend hinnehmen mußte, so war doch Selbstmord aus höheren Befehl selbst in dem preussischen Heer unbekannt. Diese Entdeckung blieb der KPD vorbehalten. Aber sie mag nur auf diesem Wege fortfahren. Auf solchen Sätzen läßt sich wohl ein kleiner Putschklub, aber keine Massenpartei aufbauen.

Ein gekränkter Verräter.

In unserem Erinnerungsartikel zum 13. März „Vergeht es nicht“ hatten wir u. a. geschrieben:

Admiral v. Trotha, der mit Ehrhardt verhandeln sollte, benutzte seine Mission, um die Regierung zu täuschen und zu Ehrhardt überzugehen.

Hierzu verweist Admiral v. Trotha erst jetzt folgende Erklärung an die reaktionäre Presse:

1. In der Voruntersuchung gegen mich beim Reichsgericht ist im Schlussvotum ausgesprochen: „An der Vorbereitung des Kapp-Unternehmens war v. Trotha nicht beteiligt, er hat sich vielmehr alle Mühe gegeben, den Korvettenkapitän Ehrhardt von seinem Vorhaben abzubringen.“

2. Ich habe mich der Regierung Kapp erst zur Verfügung gestellt, als die Regierung Bauer, ohne mich irgendwie zu unterrichten oder mir etwas zu hinterlassen, für mich verschwand. v. Trotha, Vizeadmiral a. D.

Dazu ist zu sagen: Punkt 1 ist keine Widerlegung, Punkt 2 eine Bestätigung unserer Darstellung. Trotha hat die Regierung getäuscht, indem er aus Döberitz berichtete, dort sei alles ruhig und Ehrhardt plane nichts Feindliches. Daß v. Trotha sich sonst an der Vorbereitung des Kapp-Putsches aktiv beteiligt habe, haben wir nicht behauptet. Seinen Übergang zu den Rebellen gesteht v. Trotha selber zu. Seine Ausrede ist so schwach, daß es sich kaum lohnt, darauf einzugehen. Wenn während des Weltkrieges jeder gemeine Soldat, für den im Schützengraben sein General spurlos verschwand war, des-

wegen zum Feinde übergegangen wäre, so hätten wir nach sechs Wochen nur noch die halbe deutsche Armee gehabt. Aber von einem Admiral kann man freilich nicht das gleiche verlangen wie von einem gewöhnlichen Mutschoten.

Deutschnationale Gewaltmenschen.

Hamburg, 12. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der deutschnationale Abgeordnete Oehrsen hat im Reichstage eine Anfrage eingebracht, betreffend das Verbot der Hamburger Zeitung „Die Hamburger Warte“ durch den Regierungskommissar Genossen Henke. Es wird in der Anfrage zum Ausdruck gebracht, daß dieses Verbot nicht gerechtfertigt und aus nichtigen Gründen erfolgt sei. Demgegenüber ist festzustellen, daß die „Hamburger Warte“ durch aufreizende republikfeindliche Artikel schon zum Kapp-Putsch ihr Teil beigetragen hat. Seit längerer Zeit kalportiert sie das Märchen, daß in Hamburg eine Rote Armee bestände. Die Untersuchung ergab, daß diese Nachrichten, die zum Teil auf Spitzberichten beruhten, stark übertrieben waren und daß von einer Roten Armee nicht die Rede sein könne. Die Unruhen in Hamburg im März haben die Richtigkeit dieser Unternehmung ergeben, daß Waffen in der Hand von Kommunisten nur in ganz verschwindend geringem Umfange vorhanden waren. Trotzdem setzte das Blatt die Hege gegen den Polizeiherrn in Hamburg fort, indem es die Bevölkerung aufforderte, selbstständig gegen den Polizeiherrn vorzugehen. Es beschuldigte ihn öffentlich, die Bevölkerung wissentlich belügen zu haben, und sprach von einer Schlappeheit und Verständnislosigkeit des genannten Polizeiherrn. Schließlich heißt es in der betreffenden Nummer wörtlich: „Nun säubere man die Polizeibehörde, auch an ihrer Spitze, von unzuverlässigen und unfähigen Elementen und schmeiße den Herrn Senator Karl Henke zum Fenster hinaus!“ Nach diesen Ergüssen wird es wohl keinem Menschen mehr zweifelhaft erscheinen, warum das Verbot erfolgte. Da in Hamburg auch das kommunistische Blatt wegen Aufreizung zu Gewalttaten immer noch verboten ist, wird man die Aufrechterhaltung des Verbotes dieser alldeutschen Heftschrift, solange der Ausnahmezustand besteht, verstehen können. Selbst wenn Deutschnationale sich darüber aufregen, daß — „Ordnung geschafft“ wird!

Kommunistenprozesse.

Essen, 11. April. (W.T.B.) Vor dem außerordentlichen Gericht hatten sich heute zehn Vergleite aus Borbeck unter der Anklage des Hochverrates zu verantworten. Die Angeklagten hatten in den Putschtagen eine Verschwörung angezettelt mit dem Ziele, daß Schloß Borbeck und das Bürgerbrauhaus in Borbeck, zwei Stützpunkte der Schutzpolizei zu stürmen, in der Essener Kreditanstalt die Bankgelder zu beschlagnahmen und eine bewaffnete Aktion gegen die Stadt Essen ins Werk zu setzen. Der Plan scheiterte, da die erwarteten Verstärkungsmannschaften ausblieben und die erforderlichen Waffen nicht zur Verfügung waren. Das Gericht verurteilte sechs Angeklagte zu Zuchthausstrafen von 5 bis 7 Jahren, 4 Angeklagte erhielten je drei Jahre Zerstung.

In Anbetracht des Umstandes, daß es sich hier um einen nicht zur Ausführung gelangten Plan handelte, erscheint das Urteil außerordentlich hart.

Von den in Stuttgart verhafteten Kommunisten sind drei aus der Haft entlassen worden. Wie der „Kommunist“ schreibt, wird wohl auch die Entlassung der übrigen Verhafteten in den nächsten Tagen erfolgen.

Die weltliche Schule in Schlesien. Man schreibt uns: Mit Beginn des neuen Schuljahres, am 5. d. M., wurde in Weistritz im Kreise Badenburg in Schlesien die erste weltliche Schule eröffnet. Sie besteht aus 11 Klassen und 10 Lehrkräften. Damit dürfte die erste weltliche Schule Ostdeutschlands zur Tatsache geworden sein. Die neuen Schulklassen bleiben einstweilen noch dem evangelischen Schulsystem äußerlich angegliedert, doch dürften die technischen Schwierigkeiten bereits in absehbarer Zeit zu einer Selbstständigkeit der neuen Schule hindrängen, die auch von den Gemeindevorständen als zweckmäßig anerkannt worden ist. Auch in anderen Orten des Kreises Badenburg hat eine lebhaftere Bewegung zur Schaffung von weltlichen Schulen eingesetzt, so daß dieser ersten bald neue weltliche Schulen folgen dürften.

Der Müller von Sanssouci.

Uns wird geschrieben: Gelegentlich einer Kritik des Urteils in Sachen des Prinzen Friedrich Leopold wird wieder einmal auf die historische Windmühle von Sanssouci zurückgegriffen: „als ein Wahrzeichen für die sprichwörtlich gewordene Gerechtigkeitsliebe der preussischen Richter, die auch vor einem gekrönten Hohenzollernhaupt nicht zurückwichen“. Friedrich der Große wäre aber der Letzte gewesen, der sich vom preussischen Richter irgend etwas hätte verbieten lassen. Er war darin Despot erster Ordnung, wie es der berüchtigte Müller-Arnold-Prozess seltenerzeit zeigt hat. Allerdings befindet sich die Geschichte von dem handfesten Müller von Sanssouci („wenn es kein Kammergericht gäbe“) in allen Schullehrbüchern, wohl auch heute noch, trotzdem wiederholt und eindringlich von Historikern darauf hingewiesen ist, daß ein derartiger Prozeß und dergl. sich niemals zu Friedrichs und anderer Zeiten ereignet hat. Der erste, der den wahren Sachverhalt darbot, war L. Schneider in den „Märtyrlichen Forschungen“ im Jahre 1858. Dort kann man die Geschichte der historischen Mühle nachlesen.

Die wirkliche Geschichte der Mühle von Sanssouci ist gerade das Gegenteil der rühmlichen Geschichte, wie sie Liebedienerei gegen die Hohenzollernnastie phantasienvoll erschaffen hat. Der Müller Graevenitz beschwerte sich bei Friedrich II., daß durch den Neubau in Sanssouci ihm der Wind zur vollen Ausnutzung abgeschnitten sei. Nicht der König, sondern der Müller wünschte, die Mühle zu verlegen. Dieser Wunsch wurde aber von Friedrich abgewiesen, da ihm die Mühle in das Landschaftsbild zu passen schien. 1753 verkaufte Graevenitz die Mühle, und sein Nachfolger ging pleite. Sie kam dann an einen gewissen Vogel, der wieder die Mühle des Windes wegen verlegen wollte. Wieder beschied Friedrich abschlägig, dagegen übernahm der Königs-Schatulle alle Reparaturen und Ausbesserungen. Als Vogel gestorben war, boten die Erben dem König die Mühle zum Kauf an, aber Friedrich lehnte den Erwerb ab, bis sie später (1841) Fideikommißbesitz wurde.

Ist an der ganzen Geschichte des Müllers von Sanssouci also nicht ein wahres Wort, so kann doch noch die Frage interessieren, wie eine solche Fabel überhaupt entstehen konnte. Darüber gibt es nur Vermutung, und die wahrscheinlichste ist, daß hier eine ähnlich liegende Geschichte zur Unterlage gedient haben wird. Nicolai erzählt in seinen Anekdoten (1789) folgendes:

Den König verdross es, daß die Hauptallee von Sanssouci bei der Anlage einen Winkel machen mußte. Ein Häuschen, von einer alten Rentnerin bewohnt, störte die Führung. Bei einer Tafel legte Friedrich seinen Hänglingen die Sachlage vor und bat um Rat. Die militärischen Ratgeber waren natürlich alle dafür, daß ein König machen könne, was er wolle: die alte Dame ermitteln und das Häuschen abreißen! Einzig der Franzose Marquis d'Argens

sprach bestig dagegen. Kein König, so meinte er, habe das Recht, einem Untertan selbst gegen Entgelt etwas mit Gewalt hinwegzunehmen. Auf d'Argens hielt Friedrich viel, und so unterließ der Gemaltot. Deshalb macht die Allee von Sanssouci heute noch den Winkel.

Vom Völkermuseum. Prof. Dr. Heinrich Cunow hat die von ihm übernommene Gründung und Leitung einer entwicklungsgeschichtlichen Abteilung, für die er 1919 ans Berliner Museum für Völkertunde berufen worden war, ausgegeben, um sich ganz der Politik und seiner Lehrtätigkeit an der Universität zu widmen. Es ist zu hoffen, daß der für die Zukunft des Völkertundemuseums so bedeutungsvolle Plan deshalb nicht ausgegeben wird. Mit Prof. Walter Lehmann, dem vor kurzem aus München herberufenen Leiter des Ethnologischen Forschungsinstituts, und mit seinen anderen wissenschaftlichen Beamten müßte das Museum auch so die Aussonderung einer Abteilung bewerkstelligen können, die einen entwicklungsgeschichtlichen Querschnitt durch alle sonst geographisch und technologisch gegliederten Museumsabteilungen bietet.

Ein schalldichtes Zimmer. Das Physiologische Institut in Altriedt dürfte den merkwürdigsten Raum der Welt besitzen: ein vieredriges Zimmer von 7 1/2 Fuß Breite und Länge, das für jeden Laut, der von außen eindringen könnte, vollkommen unzugänglich ist. Es liegt zwischen andere Räume eingebaut, im obersten Stock eines Laboratoriumsgebäudes, kann aber durch sinnreiche Einrichtungen gelüftet und auch mit Sonnenlicht erleuchtet werden. Wände, Dach und Boden bestehen aus einem halben Duzend Schichten verschiedener Stoffe, deren Zwischenräume und Fugen mit schalldämpfenden Stoffen gefüllt sind. Man hat den merkwürdigen Raum natürlich zu dem Zweck eingerichtet, hier akustische Versuche anzustellen. Bei den Versuchen werden manche Laute im Raum selbst erzeugt; andere werden von außen durch ein Kupferrohr hineingeleitet, das, wenn es außer Gebrauch ist, stets mit Blei gefüllt ist.

Die Rettungstation in der Luft. Um bei Unglücksfällen und besonders in gebirgigen und wogelosen Gegenden rasche Hilfe bringen zu können, hat das englische Ministerium für Luftwesen ein Ambulanzflugzeug bauen lassen. Dieses zum Transport von Verwundeten geeignete Flugzeug kann sich nach einem Bericht der Münchener Medizinischen Wochenschrift bis zu einer Höhe von 2000 Meter erheben und 5 Stunden lang mit einer Geschwindigkeit von 170 Kilometer in der Stunde fliegen. Es bietet außer für den Führer Platz für 4 Liegende oder 8 Sitzende Kranke, für einen Arzt, eine Schwester und einen Mechaniker. Diese Rettungstation in der Luft besitzt Einrichtungen, um sich auf der Meeresoberfläche niederlassen zu können, ist mit drahtloser Telegraphie, Ventilationsanlagen und Kühlvorrichtungen für tropisches Klima ausgerüstet.

Der Araber zu Hause. Wenn ein Araber in sein Heim tritt, zieht er die Schuhe aus, beißt aber die Kopfbedeckung auf. Er befreit sein Pferd von rechts, dafür melken aber die arabischen Frauen ihre Kühe von der linken Seite. Im Sommer geht der Araber mit bedecktem Kopf, selbst wenn es noch so heiß ist, dagegen hat er keine Furcht, im Winter barfuß zu gehen. Der arabische Händler wiegt

flüssige Waren; aber er misst Korn usw. Der Araber kauft und schreibt von rechts nach links. Er isst und trinkt fast nichts, bis er gegen Abend seinen Laden zugemacht hat. Dann aber isst er lange bei seiner Mahlzeit, die oft in Del und geschmolzener Butter schwimmt. Seine Söhne sitzen mit ihm bei Tisch; aber die weiblichen Familienmitglieder müssen ruhig warten, bis die anderen fertig sind. Wenn der Araber mit seiner Frau eine Reise macht — so reitet er auf seinem Esel, während sie hinterhergeht. Es wird ihm niemals einfallen, auf der Straße neben seinem Weibe zu gehen oder abzuweichen und der Frau seinen Platz einzuräumen.

Der Scheinheilige. Als sich einst der österreichische Botschafter in Rom vom Papst nach einer Audienz verabschiedete, äußerte er im Scherz den Wunsch, heilig gesprochen zu werden.

„Mein Sohn, antwortete der Papst lachend, man kann unmöglich kanonisiert werden, solange man lebt.“

„Nun, dann kann ich mich ja scheinot stellen,“ schlug der Diplomat vor.

„Gut, tut das,“ antwortete der Papst. „Dann werde ich euch für scheinheilig erklären.“

Zeitungssport. In die britische Postzeitungsliste wurde dieser Tage eine neue englische Zeitung aufgenommen. Sie führt den Titel „Die Luftpost“, und hat den Zweck, die auf drachlosem Wege unterwegs aufgenommenen und während des Flugs im Aeroplan überdrucken Nachrichten zu verbreiten. Die neue Zeitung ist zunächst für den Dienst der Flugzeuglinie Paris-London bestimmt und wird in zwei Sprachen gedruckt. Die letzten Meldungen der Politik, des Handels, des Sport und der Kunst werden in London kurz vor dem Abflug an Bord genommen; diese Meldungen werden fortlaufend durch den drachlosen Dienst unterwegs ergänzt, ins französische überleitet und an Bord gedruckt. In Boulogne wird die französische Ausgabe der „Luftpost“ durch Fallschirm auf die Erde befördert. Spätere Ausgaben werden dann je nach der genommenen Route abgeworfen. Die in englischer Sprache hergestellte Ausgabe, die auf der Rückreise gedruckt wird, gelangt ebenfalls durch Fallschirm in einer Anzahl von Städten zur Verteilung. — Die Sache stellt sich wie ein Aprilscherz, ist aber eine ernsthafte Meldung der „Daily News“.

Große Volkshochschule. In der Carmen-Aufführung am Freitag, den 15. d. M., im Ballhaus-Theater, sang Herr Stolzberger vom Deutschen Opernhaus die Arie von Corneille Bronsgeest den Escamillio. Umfang 7 Uhr.

Auch die Berliner Nationalgalerie muß jetzt mitleiden, daß nach dem Entschluß des Kultusministers am 15. d. M. pro Berlin Fallhaken. Fallhaken im alten Hause der Galerie sind Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, im Kronprinzen-Palast Donnerstag, Freitag und Sonnabend, in der Bildnissammlung Dienstag, Freitag und Sonnabend.

Dr. Collin Koh. Der amtierende Jahre die südamerikanischen Republikern bereichte, ist heute von Rio de Janeiro kommend in Deutschland wieder eingetroffen und hält am 14. abends 8 Uhr, im Oberbühnenaal der „Philharmonie“, Bernburger Str. 14, einen Vortrag über seine Reiseerfolge.

Vorträge. Der Geologe der Großherzoglichen Unionität, Geheimrat Prof. Dr. Naefel hält Donnerstag, den 14. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Margareten-Anzums, Alnandstr. 10, nach Residenztheater, einen öffentlichen Lichtbildvortrag über „Die Höhenreihe des Menschengeschlechts“.

Beilegung des englischen Streiks?

London, 12. April. (W.B.) Das Reutersche Bureau teilt mit: Die Tatsache, daß die Bergarbeiter jetzt einverstanden sind, mit den Bergwerksbesitzern zusammenzukommen, wird als positives Zeichen dafür angesehen, daß der Streik sicherlich beigelegt werden wird. Es kann vielleicht noch zeitweilige Rückschläge geben, der endgültige Ausgang wird jedoch in zuständiger Kreise als außer Frage stehend angesehen. Das am Sonnabend zustande gekommene Kompromiß wird im ganzen Lande mit großer Befriedigung begrüßt.

Die Änderung, daß die Regierung eine große geldliche Unterstützung vorbereite, um über Lohnschwankungen in unproduktiven Distrikten hinwegzuhelfen, hat die Lage wesentlich erleichtert.

Die Erklärung für das erzielte Kompromiß sucht das Reutersche Bureau auf Ursachen zurückzuführen, die wohl nur zum geringen Teil den Tatsachen entsprechen. Es schreibt: Die Weigerung, die Pumpen in den Bergwerken zu bedienen, hat den Bergarbeitern die Sympathie des Publikums entzogen. Überdies zeigte sich wieder einmal eine Spaltung in den Reihen, während die revolutionäre Sektion anscheinend glaubte, der Streik würde allgemein sein. Eisenbahner und Transportarbeiter erkannten, daß nur die Hälfte der Mannschaften dem Streik folgen würden, und daß der Streik infolgedessen unvermeidlich fehlschlagen würde. Es sind auch deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß die Vorbereitungen der Regierung, insbesondere die Rostbandsakte und die Zusammenziehung von Truppen und Schiffen, sowie die außerordentlich günstige Aufnahme des Appells an die Freiwilligen beim Publikum die Streikheer stark beeinflussten und den Ausschlag gegen die Behauptung einer unumkehrbaren Haltung. In Regierungskreisen ist man überzeugt, daß der Generalstreik, wenn er eingetreten wäre, nicht 48 Stunden (?) gedauert haben würde, und daß niemand der Lebensnotwendigkeiten beraubt gewesen sein würde. Die Wirkung einer eventuellen Wiederaufnahme der Arbeit zu geringeren Löhnen wird, wie man erwartet, ein sofortiges Sinken der Kosten für den Lebensunterhalt mit sich bringen mit einer verhältnismäßigen Besserung des Wertes der Löhne. Man glaubt, daß eine solche Regelung der Wendepunkt in der Handelsdepression sein wird.

Da die englische Regierung mit dem Versprechen sozialer Lohnzuschläge in unwirtschaftlichen Distrikten die Pflicht des Staates anerkennt, die Arbeiter vor den anarchischen Folgen der kapitalistischen Produktionsmethoden und der Nachkriegszeit zu schützen, ist die Forderung der englischen Grubenarbeiter im wesentlichen erfüllt worden, wenn die Regierung auch den Vorschlag der englischen Arbeiterführer, der eine ausgleichende Lohnregulierung innerhalb des gesamten Kohlenbergbaus vorschau und vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus bei weitem rationeller ist, nicht angenommen hat. Dennoch hat die englische Arbeiterschaft einen schönen Erfolg erzielt, mag auch das offiziöse Reuters-Bureau diesen Erfolg durch tendenziös gefärbte Nachrichten über Uneinigkeit innerhalb der Arbeiterschaft und ähnliche Dinge zu verschleiern suchen.

Die Notstandsarbeiten aufgenommen.

London, 12. April. (W.B.) Chamberlain erklärte im Unterhaus: Die von den Gewerkschaften der Bergarbeiter gegebenen Beweise, die Gruben in gutem Zustande zu erhalten, werden im allgemeinen befolgt. In gewissen Bezirken sind Schwierigkeiten entstanden, aber man hat ihnen zu begegnen verstanden. Allerdings sei man noch nicht am Ende aller Schwierigkeiten angelangt, da die Verhandlungen sich durch längere Zeit hinziehen werden und große Gefahren entstehen könnten. Daraufhin wurde die Debatte vertagt.

London, 12. April. (W.B.) Im Unterhause wurde mitgeteilt, daß etwa 40 Bergwerkschächte, in denen 16 000 Bergleute Beschäftigung fanden, vollständig überflüssig sind.

Die Schuldigen.

Paris, 12. April. (W.B.) „Leit Parisien“ veröffentlicht aus dem Bunde von André Lardieu „La Paix“ einen Brief, den er am 10. Juni 1919 an Oberst House geschrieben habe, um jedes Nachgeben zu verhindern, zu dem England und Amerika angehalten werden. Der Verfasser, der in Paris lebt, hat diesem Briefe beigefügt, daß man bereit war, die gesamte Entschädigungssumme, die Deutschland bezahlen sollte, auf 125 Milliarden festzusetzen. Lardieu erklärte, als man die Irländer habe hören wollen, habe man die englischen Einwendungen zugelassen; als es sich um die Steuere der Japaner im Völkerbund gehandelt habe, habe man sich den amerikanischen Einwendungen gebeugt; wenn es sich um Deutschland handle, müsse Frankreich gehört werden.

London, 12. April. (W.B.) Im Unterhause erklärte der Generalstaatsanwalt auf Befragen, daß die Zeugenaussagen derjenigen Personen, die nicht in der Lage sind, sich zu dem Verfahren gegen die deutschen „Kriegsverbrecher“ nach Leipzig zu begeben, in London am 26. April beginnen werden. Der Generalstaatsanwalt in Leipzig habe diesem Verfahren zugestimmt und habe mitgeteilt, daß die Hauptverfahren in Leipzig Ende Mai beginnen werden. Auf eine weitere Frage erklärte der Generalstaatsanwalt, die Zwangsmassnahmen seien zu einem nicht geringen Teil wegen der Nichterfüllung der Verpflichtungen Deutschlands in der Frage der Bestrafung der „Kriegsverbrecher“ angewendet worden.

Parlamentseröffnung in Amerika.

New York, 12. März. (Reuter.) Die außerordentliche Session des Kongresses wurde gestern eröffnet. Heute wird die Beschlüsse des Präsidenten Harding verlesen werden. Am Mittwoch beginnen die Debatten.

Die böhmischen Bilderstürmer verurteilt.

Prag, 11. April. (W.B.) Vor dem hiesigen Divisionsgericht wurde das Urteil gegen 11 Soldaten und Unteroffiziere der Maschinenabteilung des 35. Infanterieregiments gefällt, welche während der bekannten Denkmalsunruhen im November vorigen Jahres das Denkmal Josefs II. auf dem Bismarckplatz gestürzt hatten. Sie wurden von der Militärprokuratur wegen Aufruhrs, öffentlicher Gewalttätigkeit und des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens angeklagt. Sämtliche Angeklagten wurden von der Anklage des Verbrechens des Aufruhrs freigesprochen. Wegen Beschädigung fremden Eigentums wurden drei von ihnen zu 4 Monaten, sieben zu 3 Monaten und einer, der außerdem wegen des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens angeklagt war, zu 4½ Monaten Kerker verurteilt. Die Verurteilung der Angeklagten erfolgte bedingt auf die Dauer von zwei Jahren.

Groß-Berlin

Wettbewerb der Basteler.

Man will die Bastelkunst der Kinder weiter fördern und hat um dieser ursprünglichen Kunst des rein zufälligen zu nehmen und um einen gewissen Anreiz zu schaffen, einen Kinder-Handarbeits-Wettbewerb ins Leben gerufen. Die Dinge, die aus diesem Wettbewerb hervorgegangen, sind im Warenhaus Tich, Leipziger Straße, zu sehen. Die Ausstellung ist zugunsten der Kinderhilfe veranstaltet. Alle Erträge fließen in die Kassen der Deutschen Kinderhilfe. Die Ausstellung ist sehr reich besetzt worden, man sieht Handarbeiten und Bastelarbeiten in den verschiedensten Techniken, die von Knaben und Mädchen von 7—11 und 12—16 Jahren eingeleistet wurden. Das Prüfungskollegium hat die besten Arbeiten mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet. Die erste Kindergruppe hat ein Puppenhaus, eine Puppe, einen großen Gummiball und Trostpfeife als Prämien erhalten; für die zweite Gruppe kommen eine Kinderhandnahtmaschine, ein Knetstein, eine Jugendschrift und drei Trostpfeife zur Verteilung. Für Kollektivgruppen werden 5 Preise im Werte von 200 Mk., für Kollektivaussteller Preise bis 50 Mk. ausgegeben.

Von den ausgestellten Arbeiten fallen besonders die selbstgenähten und z. T. durchaus materialgerecht bestickten Kleider auf, die von kleinen Mädchen eingeleistet wurden. Ein Pompadour aus Bändchen, sehr sauber und geschmackvoll behäufte Tischentwässer, seine Frivolitäten und Sonnenspigen, geliebte Transparentbilder, praktische Bastelarbeiten, gemalte Kalender, gestrickte Decken und Perleinsätze, gehäkelte Püppchen verdienen als besonders gute Arbeiten erwähnt zu werden. Sehr talentvoll sind 2 Theater eines 15jährigen Knaben mit selbstbemalten Dekorationen und Drehbühne, „Wilhelm Tell“ mit vollständig eingerichteter Bühne und „erster Befehlung“ mit Beleuchtungseffekten, aus Papier und Pappe, ganz klein und sauber; auf dem zweiten Theater steht die Staffage zu „Danton“. Ausgezeichnet in der Beobachtung! Die einzelnen Arbeiten sind teils von privater Seite, teils von Schulen eingeleistet worden, so haben die Wagnersche Schule, die Strahlendarmische Haushaltungsschule, die Gemeindefschulen 201, 21 und 235, das jüdische Kinderheim, die Berliner Blindenschule, das 4. Städtische Anzeum in Wilmersdorf, das Luise-Anzeum geschlossen ausgestellt.

Die Ausstellung dauert bis zum 23. April, das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf., Kinder, die Klassenweise vormittags durch die Ausstellung geführt werden, haben freien Eintritt. Sämtliche Arbeiten sind von den Kindern selbst ausgeführt worden.

Italienische Abenteuer einer Berlinerin.

Hochstapeleien in Berlin und Lugano.

Das Treiben der in Berlin sehr vergnügt lebenden Entente-Missionen wirkt auf das sittliche Leben Berlins nicht gerade fördernd, wie der Fall einer jungen Berlinerin beweist, deren in Italien verübte Hochstapeleien jetzt auch die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt.

In verschiedenen italienischen Großstädten ist, wie der Berliner Kriminalpolizei mitgeteilt wird, eine junge Deutsche aufgetreten, die es dort verstanden hatte, in Gesellschaftskreisen Eingang zu finden, um jedesmal nach größeren Hochstapeleien spurlos zu verschwinden. In Lugano war die Gaunerin schon einmal festgenommen worden, doch hatte sie es verstanden, die Freiheit wieder zu gewinnen. Die Kriminalpolizei hat nun festgestellt, daß die Schwindlerin eine 25 Jahre alte frühere Kontoristin Frida Hollmich, die Tochter eines Krankenwärters aus Berlin ist. Das unternehmungslustige Mädchen hatte hier Bekanntschaften von Mitgliedern der Entente-Mission gemacht und diesen offeriert über ihre Persönlichkeit erzählt. Sie wollte die Tochter eines Großindustriellen sein und am Pariser Platz wohnen. Mit einem italienischen Stabsarzt, dessen Bekanntschaft sie hier gemacht hatte, verließ sie im November v. J. Berlin und fuhr nach Italien. Eine ganze Reihe von Geschäften hatte sie vorher in Berlin um kostbare Kleidungsstücke geprellt. In Italien ließ sich die Schwindlerin Bisttentarten mit einem Doppelnamen drucken und brachte es fertig, sich dort mit einem angesehenen Ranne zu verloben. Als man sich dann aber hier näher nach ihr erkundigte und auch ein Bild von ihr herbeschickte, erkannte der Krankenwärter darin seine vermisste Tochter wieder. Da angenommen wird, daß sich die Hochstaplerin, nachdem ihr nun in Italien der Boden zu heiß geworden ist, wieder nach Deutschland wenden wird, schaden auch die hiesigen Strafbehörden auf das Mädchen.

Die Zukunft der Berliner Schnellbahnen.

Die städtische Verkehrsdeputation hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, eine Verlängerung der der Stadt Berlin erteilten Vorkonzession für die Benutzung der Leipziger Straße durch die Schnellbahn Roabit-Görlitzer Bahnhof zu beantragen. Die Stadt will sich mit dieser Vorkonzession nur das Vorrecht auf die Benutzung der so ungeheuer verkehrsmächtigen Leipziger Straße sichern. Ausgeführt dürfte diese Schnellbahn Roabit-Görlitzer Bahnhof-Treptow vorläufig nicht werden.

Der Haushaltsplan der städtischen Schnellbahnen ist von der Verkehrsdeputation für 1921 beschlossen worden. Der Betrieb der Schöneberger Strecke soll 3 081 000 Mk., der der Wilmersdorfer Strecke 2 617 300 Mk., zusammen 5 698 300 Mk. bringen. Diesen Betriebseinnahmen stehen in Schöneberg 2 580 000 Mk. und in Wilmersdorf sogar 4 195 000 Mk. Betriebsausgaben gegenüber. Für den Bau der Nord-Südbahn sind 200 Millionen eingestellt. Der Schnellbahnhauhalt Berlins schließt mit einem Zuschuß von 5,2 Millionen ab.

Aufgelöste Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung in Sossen ist aufgelöst worden. Sie bestand aus neun Sozialdemokraten und neun Bürgerlichen; die Sozialdemokraten, die die Möglichkeit einer geordneten Arbeit nicht finden konnten, hatten ihre Mandate niedergelegt, wodurch die Versammlung beschlußunfähig geworden war.

Zur Einkommensteuer-Veranlagung.

Das Finanzamt der Stadt Berlin weist darauf hin, daß Wirtschaftshilfen, Steuerungs- und Entschädigungszulagen auch dann steuerpflichtig sind, wenn sie über das vereinbarte Arbeitseinkommen hinaus freiwillig gezahlt sind. Diese unterliegen auch dem Steuerabzug. Eine wichtige Entscheidung hat das Finanzamt unter Ermächtigung des Reichsfinanzministers für die Musiker getroffen. Danach können Kapellmeister und Musiker als Mehraufwand für Kleidung, Wäsche, Wohnung der Instrumente usw. 30 Prozent des Arbeitslohnes als Werbungskosten sich bei Steuerabzug absetzen lassen, unter der Voraussetzung, daß für diesen Mehraufwand nicht schon vom Arbeitgeber eine Rückvergütung erfolgt. Unter derselben Voraussetzung können weitere 15 Prozent des Arbeitslohnes abgesetzt werden, wenn der Arbeitnehmer die Noten stellt. Im Einzelfalle können auch höhere Werbungskosten in Anschlag gebracht werden, wenn diese nachgewiesen und bei dem zuständigen Finanzamt beantragt werden. Dieses hat dann von Fall zu Fall zu entscheiden. Die Durchschnittssätze für Werbungskosten betreffen nur den vorläufigen Steuerabzug. Sie können bei der endgültigen Veranlagung noch nachgeprüft und vom Finanzamt abgeändert werden.

Reiz zur Vernichtung.

Der preussische Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung hat in seinem Verwaltungsgebiet durch eine Verfügung von neuem in Erinnerung gebracht, daß im Geschäftsverkehr der Behörden die Bezeichnung „königlich“ nicht gebraucht werden darf. Unter Hinweis auf den bezüglichen Kundentat von 1918 macht der Minister es nochmals allen Dienststellen zur Pflicht, auf den aus Gründen der Sparlichkeit aufzubrauchenden älteren Briefbogen, Formularen usw. das Wort „königlich“ zu beseitigen. Auch verächtlich dürfe ein Schriftstück, auf dem dieser Zusatz nicht beseitigt ist, nicht in den amtlichen Verkehr gelangen.

Sie neigen jetzt zu der Ansicht, daß es das Beste wäre, bei allen ehemals königlichen oder kaiserlichen Behörden die aus der kaiserlich-königlichen Zeit übernommenen Vorträge von Briefbogen, Formularen usw. sowie von Stempeln nicht aufzubrauchen, sondern zu vernichten. Denn ansonsten läßt es sich nicht erreichen, daß jeder Beamte oder Angestellte das höchste Kuimerksamkeit daran wendet, die Worte „königlich“ oder „kaiserlich“ zu durchstreichen. Vor uns liegt z. B. ein Eisenbahn-Freizeiten, der am 8. April 1921 aufgestellt und von dem Benutzungsberechtigten und zur Kenntnisnahme überhandt worden ist. Frech greift uns von dem Schein der nicht korrigierte Ausdruck „Königlich Preussische Staatseisenbahnen“ entgegen, und auch der eingedruckte Stempel lenkt noch eine „Königl. Eisenbahndirektion Berlin“.

Die „Königl. Preuss. General-Direktion“ wird, wie wir hören, von der nächsten Ziehung ab sich auf den Losen nicht mehr als „Königlich“ bezeichnen. Dieses „schmälende“ Beiwort hätte längst beseitigt werden müssen.

Weltliche Schule oder Bekenntnisschule? Ueber dieses Thema fand eine von den sozialistischen Elternräten des Westens einberufene öffentliche Elternversammlung im Nationalhof, Wilhelmsstr. 37, statt. — Die Referenten, Dr. R. Löwenstein und Pastor Pleier, zeigten an guten Beispielen, daß der konfessionelle Unterricht nur zum Schaden unserer Kinder dient. Jeder mag selbst unsere Parteigenossen von ihrem Recht keinen Gebrauch. — Treue, Solidarität und Opfermut sind nicht an eine Konfession gebunden, die Jugend soll sich ihre Weltanschauung selbst wählen und statt als Verdammten zu freien Staatsbürgern erziehen werden. Die kirchlichen Feiertage und Schulleiern über oft schwereren Gewissenszwang auf unsere Kinder aus, wir müssen dagegen verlangen, daß in der Schule der 1. Mai als Tag des erwachenden Lebens und der Völkerverständigung gefeiert wird. In der nachfolgenden Diskussion wurde den Gegnern Gelegenheit zu ausführlichen Einwendungen gegeben, während unsere Genossen sich größter Rürze befleißigten. Ein Pfarrer der Luther-Gemeinde versuchte sich, außer persönlichen Angriffen, zu der Forderung, der Staat müsse gezwungen werden, den Religionsunterricht in der Schule beizubehalten. — In den Schlussworten gelang es den Referenten, die Gegner treffend zu widerlegen, und die anwesenden Eltern wurden nochmals aufgefordert, unsern Kampf für die weltliche Schule durch Befreiung ihrer Kinder vom Religionsunterricht zu unterstützen.

Mehlkontrolle durch die Konsumenten. Es wird von Verbraucherkreisen darüber geflocht, daß das reine amerikanische Weizenmehl, welches ab 18. März in einer Ausmahlung von 70 Proz. frei von Beimischungen irgendwelcher Art den Kommunalverbänden zum Preise von 7 Mk. das kilo von der Reichsgewereidestelle zur Verfügung gestellt wird, um an die Verbraucher verteilt zu werden, im Kleinhandel mit Beimischungen von Weizenmehl und möglicherweise noch anderen Stoffen auskommt. Wo Verdacht wegen betrügerischer Handlungen dieser Art besteht, wird die Reichsgewereidestelle sofortige Anrufung der Staatsanwaltschaft veranlassen, falls mit der Anzeige an die Adresse „Reichsgewereidestelle, Berlin W. 50, Außenamt Ueberwachung K“ ein Puffer im Gewicht von 50 bis 100 Gramm und eine verbindliche Erklärung eingehandelt wird, bei welchem Kleinhandler die beanstandete Probe gekauft wurde. Die Außenbeamten der Reichsgewereidestelle sind bereits angewiesen, die Angelegenheit im Auge zu behalten. Unsere Hausfrauen sollten die Bereitwilligkeit einer Behörde, für reine Nahrungsmittel zu sorgen, nach Kräften unterstützen.

„Siedlung und Kleingarten“, unsere neue illustrierte Beilage, welche von heute ab alle 14 Tage erscheint, liegt der heutigen Postauflage bei.

Wahlanspruch. Gegen die Wahl der unbefoldeten Bezirksstadträte des Bezirks Friedrichshagen ist wegen formeller Verstöße gegen die Wahlordnung Einspruch eingelegt worden.

Generalmusikdirektor Leo Blech ist vom städtischen Volksunterhaltungsausschuss in Lichtenberg für die Leitung eines Sinfoniekonzerts gewonnen worden, das am Donnerstag, 14. April, abends 7½ Uhr, im Festsaal des Kochanmanns auf der Parfaden stattfinden wird. Als Solist wird Herr Kammermusiker Georg Knieschütz (Violone) mitwirken. Zum Vortrag gelangen: Sommerabendstraum-Ruff, Sinfonie-Konzert E-Moll, 1. Sinfonie von Beethoven. Eintrittskarten zum Preise von 6 Mk. (für Abonnementsinhaber 5 Mk.) sind in zwölf Verkaufsstellen in Lichtenberg erhältlich.

Die Kleiderhilfe der Gewerkschaften. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat Kleidung und Wäsche aller Art sowie Schuhwaren unter seiner Kontrolle zur Abwendung der Not an Ober- und Unterleitung der Arbeiterchaft und Angestellten Berlins in die Hand genommen. Die Waren werden in folgenden Stellen in der Zeit von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. verkauft: Zimmerstr. 68, Schoffhanstr. 37—38, Engländerstr. 21 (Transporthilfsverein), Charlottenstr. 3 (KVO-Konsumverein), Reichsdruckerei, Danienstr. 61 (nur für Arbeiter des Betriebes), Chemische Industrie auf Altien S. Schering, Müllerstr. 170—171 (nur für Arbeiter des Betriebes), Schneiderei-Gewerkschaft „Hoffnung“, Berlin N., Brunnenstr. 183, Karlshorst-Waldsiedlung, Hegemannstr. 54, Lenzstr. 10, Richard Klingner (nur für Arbeiter des Betriebes, Schönhauser Allee 173).

Der Blinden-Männer-Vereinsverein „Selbsthilfsverein“ veranstaltet am Freitag, den 18. April d. J., ein Konzert zugunsten hilfsbedürftiger Mitglieder in der Aula des Schiller-Gymnasiums, Berlin N., Böttcherstraße 16, Gde. Panitzsch, unter gütiger Mitwirkung des Blinden-Verbandsleiters S. Mühlberg und des Organisten F. Lange. Karten an der Abendkasse zum Preise von 3 Mk. Anfang 8 Uhr.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Morgen, Mittwoch, den 13. April:

2. Mitt. 7 Uhr Sitzung bei Ohngemach, Kommandantenstr. 88. Geht ein alle Mitglieder ist notwendig.

3. Mitt. 7½ Uhr. Generalversammlung in der Schulstraße, Seneffelder Str. 4. Berichtserstattung des Vorstandes. Teilnahme des Gesamtvorstandes.

4. Mitt. Die heimlich angeordnete Mitgliederversammlung findet nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag, den 14. im Arthurhof, Berlin, Straße 28, statt. Thema: Wohlfahrtsfest. Referentin: Genossin Arnold-Bellmann.

Sport.

Die deutschen Reiterchaften im Bogenschießen werden am Freitag, den 15. April, im Circus Busch anstellen. Um die Reiterchaft im Federgewicht werden Fritz Rühl-Berlin und Toni Hebe-Struyt, um diejenige im Hölzergewicht Adolf Wiegert-Berlin und Richard Rausch-Berlin, um die Reiterchaft im Mittelgewicht schließlich Friedrich Teich-Offen und Arndt Drenzel-Hamburg kämpfen. Neben diesen drei Begegnungen, die allgemein mit Spannung erwartet werden, wird — als besondere Sensation des Abends — ein Kampf zwischen dem Engländer Tom Cowler, dem Sieger unserer deutschen Schwergewichtsmehlers Hans Treitensträtter, und dem Italiener Giuseppe Spalla stattfinden.

